

Sprechstunde für das Gesundheitswesen

Die SP Küsnacht sieht rot, denn die Privatisierung von immer mehr Spitälern würde der Schweiz Zustände bringen, wie sie in Deutschland bereits Tatsache sind: Gewinnstreben anstatt Patientenwohl. Dass dies für sie der falsche Weg ist, diskutierten Esther Meier, Andreas Daurù und André Schlatter.

Annina Just

Wütend, nachdenklich, bedrückt – so beschrieben die Anwesenden ihren Gemütszustand nach der Filmvorführung. Die SP Küsnacht hatte zum Auftakt ihres Podiumsgesprächs zum Thema «Spital-Privatisierungen» die

ARD-Dokumentation «Profit statt Patientenwohl» gezeigt – und diese wühlte sicht- und hörbar auf.

Ein Drittel aller Kliniken in Deutschland ist in privater Hand. Konzerne wie Rhön, Helios, Sana und Asklepios haben flächendeckend frühere kommunale und kirchliche Kliniken übernommen. Gemäss dem Film sind massive Einsparungen zulasten von Personal und Patienten dabei der Preis für das Gewinnstreben der privaten Kliniken. Auch eigene Arztpraxen und Zusatzversicherungen trügen dazu bei, dass die Kliniken ein Maximum an Profit erwirtschaften können. Mit Gesundheit soll Geld gemacht werden, häufig auch auf Kosten der Patienten, dies vermittelt der Film mit bewegenden Fallbeispielen.

«Wenn es so weiter geht und die Pläne von Regierungsrat Thomas Heiniger umgesetzt werden, drohen uns auch in der Schweiz derartige Zustände», mahnte André Schlatter, Co-Präsident der SP Küsnacht. Das wären amerikanische Verhältnisse, die über Deutschland zu uns kommen, ergänzte Kantonsratskandidatin Esther Meier (SP). Die Zollikerin arbeitet als Verwaltungsassistentin beim Universitätsspital und war an diesem Abend als Diskussionsgast

eingeladen. Es wäre ja nicht das erste Mal, meinte sie, auch die diagnosebezogene Fallpauschale (DRG), die 2012 eingeführt wurde, sei auf diesem Weg in die Schweiz gekommen. Das neue Abrechnungssystem für Spitalaufenthalte habe hauptsächlich Verschlechterungen gebracht: Es schaffe zum Beispiel Anreize zu einer «Über-Diagnostifizierung» und führe dazu, lukrative Behandlungen gegenüber der bestgeeigneten vorzuziehen sowie die Liegezeiten im Spital auf eine möglichst kurze zu reduzieren. Damit sei schon eine Vorstufe der Entwicklungen in Deutschland erreicht, sagt Meier. «Unser Gesundheitssystem hat sich aber bewährt und ist eines der besten weltweit, wieso sollen wir daran herumschrauben?», stellte sie eine rhetorische Frage.

Rollenkonflikt herbeigeredet

Aktuell verfolgen Bürgerliche Privatisierungspläne im Gesundheitswesen, weil sie einen Rollenkonflikt des Kantons als Auftraggeber, Finanzierer und Ausfühler in der Gesundheitsversorgung als problematisch erachten und von einem verstärkten Wettbewerb eine Effizienzsteigerung erhoffen. Dem steht auch der zweite Diskussionsgast in der Küsnachter Chrottegrötte, Andreas Daurù, sehr kritisch gegenüber. Der Winterthurer Kantonsrat ist als Mitglied der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit, als Präsident des VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) des Kanton Zürichs und ausgebildeter Pflegefachmann ein Experte des Themas. In der Schweiz habe man momentan extrem viele verschiedene Trägerschaften in der Gesundheitsversorgung, erklärt er.

Neben der öffentlichen Hand gibt es Zweckverbände, Vereine, Stiftungen und eben auch private Trägerschaften von Spitälern. Und dies müsse auch so bleiben, bekräftigte er. Gegen andere Absichten müsse man sich zur Wehr setzen, denn Gesundheit dürfe nicht den Marktprinzipien unterworfen werden. So würde man Gefahr laufen, dass Patienten unter



Einer Meinung: Kantonsrat Andreas Daurù (SP Winterthur), André Schlatter (Co-Präsident SP Küsnacht) und Esther Meier, Zolliker Kantonsratskandidatin der SP, argumentieren gegen die Privatisierung von Spitälern. Foto: aj.

dem Kostendruck der gewinnorientierten – und im schlimmsten Fall gar börsennotierten – Unternehmen zu Schaden kommen. Die Effizienz und die Qualität würden im Gesundheitswesen durch Wettbewerb nicht verbessert werden, dies zeige die Situation in Deutschland und den USA, führte er weiter aus. Ausserdem seien eine demokratische Kontrolle sowie das Mitspracherecht der Öffentlichkeit unverzichtbar.

Arzt und Geschäftsmann zugleich?

Momentan ist das Thema für das Kantonsspital Winterthur und die Spitäler Bülach und Uster hoch aktuell. Bei Letzterem sagte das Stimmvolk Anfang Monat deutlich Nein zur geplanten Privatisierung. Auch im Fall von Winterthur würden es die Befürworter der Privatisierung schwer haben, so Daurù, nachdem sein Parteikollege und Kantonsratskandidat Rafael Mörgele (SP, Stäfa) nach der Stimmung im Volk im Raum Winterthur gefragt hatte. Wenn es um die Privatisierung der grossen «Brocken» der Gesundheitsversorgung gehe, gebe es glücklicherweise viele kritische Stimmen, sogar vonseiten der SVP, erzählte der Winterthurer. Obwohl bisher noch keine

Studien vorliegen, die negative Auswirkungen als Folge von Privatisierungen in der Schweiz bestätigen, müsse man die Bevölkerung weiter auf dieses Thema sensibilisieren, waren sich die Diskutierenden einig. Daurù: «Es ist wohl noch etwas zu früh, dass sich diese Folgen auch in den Umfragen niederschlagen.»

Es sei jedoch nur schon aus Prinzip ein Problem, wenn ein Arzt gleichzeitig auch Geschäftsmann sei, meinte Schlatter. Dies wird aber der Fall, wenn – wie es in Deutschland immer häufiger die gängige Praxis ist – Ärztesaläre heruntergesetzt werden und zu einem wesentlichen Teil aus Boni für risikoreiche oder besonders komplizierte Operationen bestehen. «Dies ist dann tatsächlich eine gefährliche Verflechtung der Interessen, im Gegensatz zu denjenigen vom Kanton als Auftraggeber und -ausfühler, wie es einige Politiker glaubhaft machen wollen», wandte Esther Meier ein.

In Studien nachgewiesen wurde hingegen, dass börsennotierte Unternehmen in allen Wirtschaftssektoren deutlich weniger in Lehre und Forschung investieren. Dies ist ebenfalls ein Punkt, der den SP-Vertretern hinsichtlich einer Privatisierungswelle

von Spitälern Kopfschmerzen bereitet. Nach fortgeschrittener Diskussion fragte eine Zuschauerin dann endlich: «Was kann man den nun konkret dagegen tun?»

Abstimmung als Chance

Das Rezept ist klar und deutlich: Wenn immer das Volk zum Thema abstimmen könne, müsse verhindert werden, dass ein weiteres Spital in private Besitzverhältnisse wechsle, so die Antwort von Daurù.

Dazu gehöre auch die Sensibilisierung der Mitbürger auf die Problematik. Bedenklich seien nämlich nicht einzelne private Spitäler, wie es sie heute in der Schweiz gibt und die sich im «High-end»-Segment präsentieren wollen, sondern eine flächendeckende Ausbreitung von privaten Anbietern. Dann würden nämlich vor allem grundversicherte Patienten unter den Sparbemühungen leiden.

Bei den Anwesenden ist die Botschaft mit Sicherheit angekommen. Doch betrachtet man die Tragweite des Themas und die Tatsache, dass die Gesundheitsversorgung jeden Einzelnen betrifft, ist die Besucherzahl dieses Anlasses mit gut 20 Teilnehmern etwas enttäuschend.